

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus 20.14.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Vorkosten werden ähnliche Vorkosten-Berechnungen entgegen. Unter Streifenbogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Rheinland sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 20.—, für das übrige Ausland 22.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Trellie Straße 2-3

Die Jahrespreise: Einzelhefte oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das fertige Heft 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Anzeigen. Große Anzeigen: Das fertige Heft 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M., in Wort-Anzeigen; das fertige Heft 2.— M., jedes weitere Wort 1.— M., in Bild-Anzeigen. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reparationsproblem / Koalitionserweiterung

Sie drängen sich

Die Stresemänner wittern Morgenluft

Der Politik des Ministeriums Wirth ist es durch jähes Festhalten an der einmal gewählten Linie allmählich gelungen, die außenpolitische Situation wenigstens soweit zu klären, daß eine Diskussion über die Reparationsfragen möglich ist. In diesem Augenblick drängen sich jene Leute in die Regierung, deren Politik bisher ausschließlich darauf gerichtet war, die Politik des Kabinetts Wirth mit allen erlaubten wie unerlaubten Mitteln zu durchkreuzen. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, hält den Zeitpunkt für günstig, um einen neuen Angriff gegen die Regierung Wirth zu führen und eine neue Regierungskrise heraufzubeschwören. Sie schreibt:

„Es gilt also auch für die deutsche Regierung, und für diese vor allen Dingen, Politik in großem Stil zu treiben, nicht sich auf rein finanzielle Fragen zu beschränken. Dazu gehört eine Regierung, die es versteht, das Vertrauen aller maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreise des deutschen Volkes und damit auch das Vertrauen der führenden politischen und wirtschaftlichen Männer anderer Länder zu gewinnen. Eine Regierung von Männern, die im Verlauf eines halben Jahres das Ultimatum von London unterzeichnet, die Entscheidung über Oberschlesien angenommen und jetzt die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands erklärt haben, wird sich schwerlich im Inland wie im Ausland dieses Vertrauens erfreuen.“

Das Ziel dieses Angriffes bezeugt den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung Wirth. Dieselben Politiker, die durch ihre Haltung Krise auf Krise herbeigeführt, sich aber bei jeder Krise vor der Verantwortung gedrückt haben, wittern jetzt Morgenluft. Sie sehen einen Erfolg voraus, darum drängen sie, sich an ihm teilzunehmen, um als „Retter des Vaterlandes“ zu erscheinen, nachdem sie in heftiger Gegnerschaft zu der Politik gestanden haben, die den Erfolg vorbereitet hat. Sie wollen zur Förderung ihrer Zwecke eine neue innerpolitische Krise herbeiführen, indem sie das Kabinett zu diskreditieren suchen, durch dessen Politik die Diskussion über die Reparationsleistungen endlich ermöglicht wurde.

Würde das geschehen, so wäre damit diese Diskussion wiederum unmöglich gemacht, noch ehe sie begonnen hat. Dieselben Kreise, die sich während des Krieges durch ihre Annexionspolitik hervorgetan und damit Deutschland in Mißkredit gebracht haben, wagen es jetzt, die Dinge so darzustellen, als könne ihr Eintritt das Ansehen der Regierung stärken, während genau das Gegenteil eintreten und die relativ günstige Lage der auswärtigen Politik sofort zerstört werden würde, wenn die Kriegshehner und Annexionspolitiker auch nur in entfernter Fühlung zur Reichsregierung lämen. Das ist derselbe „Patriotismus“, den der Reichsverband der Industrie und die gesamten bestehenden Schichten bekunden, indem sie den Staat lieber zugrunde gehen lassen, als daß

sie Teile ihres Besitzes, sei es in Gestalt von Steuern oder Kredit, hergeben, um dem Staat zu helfen. Das sind dieselben Kreise, die, wenn sie nach London kommen, ganz bewußt gegen die eigene Regierung intrigieren, indem sie die kapitalistischen Instanzen anstacheln gegen eine demokratische Regierung, ein Verfahren, das an Hochverrat erinnert.

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ läßt erkennen, daß im Zentrum keinerlei Neigung besteht, den Kriegshehner und Annexionspolitikern die Möglichkeit zum Eintritt in die Regierung zu verschaffen. Einer sehr eingehenden Aeußerung der Korrespondenz über die Frage der Koalitionserweiterung entnehmen wir das folgende:

„Im Zusammenhang mit den schwebenden Fragen des Reparationsproblems sind in den letzten Tagen sowohl in parlamentarischen Kreisen wie auch in der Presse Gerüchte ausgebreitet, die Gedanken zum Ausdruck gebracht, die darauf abzielen, daß jetzt die Gelegenheit gekommen sei, die Frage der Koalitionserweiterung erneut anzuschneiden und zum Abschluß zu bringen. Diesen Gerüchten gegenüber stellen wir zunächst die Tatsache fest, daß irgendwelche Verhandlungen bezug einer Erweiterung der Koalition im Augenblick weder geführt noch beabsichtigt sind; und ebendort natürlich des Gedankens der großen Koalition überhaupt. Dieser besteht mit den gleichen wichtigen Gründen fort wie bisher. Nach unserer Auffassung würde übrigens auch der gegenwärtige Augenblick so ungeeignet als möglich sein, die Frage der Koalitionserweiterung gerade jetzt zur Entscheidung zu bringen. Es wird auch gewiß einleuchten, wenn wir sagen, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo Entscheidungen von größter Tragweite bevorstehen, alles vermieden werden muß, die Lage durch innerpolitische Schwierigkeiten zu erschweren.“

Das ist die einzige uns richtig erscheinende Antwort. Es wäre noch schöner, wenn die Regierung Wirth einer politischen Partei den Eintritt in die Regierung gestatten würde, deren Repräsentanten selbst vor der Preisgabe der Interessen des Landes nicht zurückschrecken, wenn er ihren raffinierten Selbstzwecken förderlich zu sein verspricht.

Ergänzung der Reichsregierung

Der oben zitierten Aeußerung fügt die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz hinzu:

Etwas ganz anderes (als der Eintritt der Stresemänner in die Regierung) ist es natürlich, ob nicht das gegenwärtige Reichskabinett durch die eine oder andere Persönlichkeit in nächster Zeit zu ergänzen ist. Es ist ja bekannt, daß zur Zeit je zwei Ministerien zusammengefallen werden, die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt durch den Reichskanzler Dr. Wirth, das Reichsfinanz- und Ernährungsministerium durch Herrn Dr. Hermes, während das Wiederaufbauministerium noch unbesetzt ist. Ein solcher Zustand ist natürlich auf die Dauer nicht erträglich, um so weniger, als gerade jetzt die Reichsregierung vor gewaltige Aufgaben gestellt sein wird. Es wird also, wie gesagt, wohl mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß in nächster Zeit die eine oder andere Persönlichkeit in die Regierung eintritt bzw. wieder eintritt.

Diese letzten Aeußerungen zielen offenbar auf die Wiedereintritt Rathenaus in die Regierung.

Das sozialistische Mitteldeutschland

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Sachsen, Thüringen und Braunschweig haben sozialistische Parlamentsmehrheiten und sozialistische Regierungen. Von der sozialistischen Arbeit in allen drei Staaten kann wohl ohne Ueberhebung gesagt werden: Es war Volksdienst im sozialistischen Sinne. Wir als U. S. V. D. haben die Pflicht, unsere Brüder von rechts und links zur positiven sozialistischen Tat zu zwingen. Und das ist in allen drei Staaten von unsere Genossen durchgeführt und erreicht worden. Dabei dürfen wir nicht stehenbleiben, uns damit nicht zufrieden geben. Wir müssen gerade in und für die Verwaltungspolitik der Staaten in Deutschland nicht allein theoretisch, sondern auch für die praktische Betätigung den Weg und das Ziel herausarbeiten.

Unsere sozialistische Verwaltungspolitik muß in den bestehenden Kulturverhältnissen und im gewollten sozialistischen Ziel Quellen und Richtlinien haben. Im Gegensatz zur bürgerlich-bureaucratischen Verwaltungspolitik, deren Zweck es ist, als Machtinstrument zum Heile monarchistisch privatkapitalistischer Gesellschaftsordnung sich selbst zu erhalten, ist sozialistische Verwaltungspolitik Anwendung, Auslegung und Aenderung der Gesetze, mit dem Ziele der Entwicklung und Ueberleitung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen Gesellschaftskultur und Gesellschaftsordnung.

Die Form der politischen Machtergreifung wird dadurch weder bedingt noch überhaupt berührt. Unsere Betätigung auf dem Gebiete der Verwaltungspolitik muß auch in der unerschöpflichen Auswirkung grundsätzlich sozialistisches Richtungswollen haben und jedes bürgerliche Ordnungstreiben und -erhalten ablehnen. Ganz gleich, ob das in der Gemeinde, der Stadt, dem Staate und dem Reiche ist. Ganz besonders aber in der staatspolitischen Betätigung. Der Kurs der inneren Reichspolitik wird viel mehr durch die Staaten als etwa durch den Reichstag bestimmt. Und deshalb: dort, wo Sozialisten in Staate die Mehrheit haben, haben sie die Pflicht zur Anwendung sozialistischer Verwaltungspolitik. Und noch mehr. So wie wir uns in den Staaten zur sozialistischen Mehrheit gefunden haben, müssen wir uns auch überstaatlich als Sozialisten finden wollen und auch finden. Selbstverständlich zur praktischen sozialistischen Verwaltungsarbeit. Die sozialistischen Parlamentsmehrheiten und Regierungen müssen sich zu einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft für Sachsen, Thüringen und Braunschweig zusammenschließen und eine innerpolitische parlamentarische Geschäftsstelle zur Bearbeitung und Vereinarbeitlichung der Gesetz- und Verwaltungstragen schaffen. Es gilt, die sozialistische Ideengemeinschaft zu verwirklichen und anzuwenden. Im Verwaltungsaufbau, in der Organisation und der Verfassung für Gemeinde, Stadt, Kreis und Staat, in der Verwaltungsorganisation der Landesregierung, in der praktischen Verwaltungsarbeit selbst, in bezug auf Beamtentest, Beamtennachwuchs. Außer diesen gibt es noch sehr viel wichtige Gebiete einer solchen überstaatlichen Bestätigung:

Die Organisation und Anwendung der öffentlichen Gewalt, Rechtspflege, Landespolizei, Gendarmerie und Gemeindepolizei.

In der Steuertechnik und Steuerwirtschaft. Im Aufbau des gesamten Schul- und Erziehungswesens bis zu den Fach- und Hochschulen.

In der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, Arbeitsergabung, Gewerbe-, Industrie-, Handel-, Gewerbe- und Landwirtschaft, Bewirtschaftung des staatlichen Grundbesitzes.

In der Wasserwirtschaft, die in allen drei genannten Staaten ganz besonders bedeutungsvoll ist.

Außer dieser rein informativischen Zusammenarbeit könnten durch Staatsverträge, ohne die Selbständigkeit der beteiligten Staaten damit aufzuheben, gemeinsame Anstalten, Behörden oder Organisationen geschaffen, ganze Verwaltungsgebiete durch eine gemeinsam gebildete Körperschaft bearbeitet werden. Es wäre gut möglich, die Justiz, Schule und Wasser wirtschaftlich nicht allein einheitlich für alle drei Staaten zu bearbeiten, sondern überhaupt einen Gemeinschaftsvertrag abzuschließen, in dem alle diese Gebiete einer von allen drei Staaten zu bildenden Stelle zur Bearbeitung übertragen werden.

Gewiss könnten gemeinschaftliche Institute geschaffen werden: Beamtenausbildungsanstalten für Verwaltungs- und Polizeibeamte, Anstaltspflegepersonal, Hebammenschulen, Lehranstalten.

Eine solche Planwirtschaft in der Verwaltungspolitik wäre auch ein Loslösen vom Geheimrat, würde der Arbeit unserer Genossen im Parlament und der Regierung und in der praktischen Verwaltung Schwung- und Stütze geben. Die Schaffung einer solchen überstaatlichen sozialistischen Zusammenarbeit ist nur eine Frage der politischen Erkenntnis.

Der Druck der Reaktion und die Not des Proletariats, heißen dringend ruhige und kühle Ueberlegung, entschlossen-

Die Antwort

der Reparationskommission

Nach übereinstimmenden Pariser Meldungen hat sich die Reparationskommission in ihrer gestrigen Sitzung mit dem deutschen Antrag auf Zahlungsausschub für die beiden nächsten Raten beschäftigt. Sie hat einstimmig eine Antwort auf die deutsche Note beschlossen, die im Laufe des heutigen Tages dem Reichskanzler übergeben werden wird.

Das Pariser „Journal“ teilt mit, das Gerücht, daß der englische Delegierte seine ursprüngliche Haltung geändert habe und für die Notwendigkeit eintrete, dem Wunsche der deutschen Regierung zu entsprechen, sei nicht wahr. Hinsichtlich der Zahlungen vom 15. Januar und 15. Februar halte die Reparationskommission ihre jüngst ausgesprochene Haltung aufrecht. Deutschland könne und müsse diese Zahlungen leisten. Was die späteren Zahlungen anbetriffe, so weigere sich die Kommission, diese Frage zu prüfen, solange Deutschland nicht sage, welches die Modalitäten des Moratoriums seien, das es verlange, und welche effektiven Garantien es dafür zu bieten entschlossen sei.

Die G. O. L. und der Wiederaufbau

Paris, 15. Dezember.

Der Verwaltungsausschub des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, obgleich die Frage des Wiederaufbaus eines Abschnitts der zerstörten Gebiete durch deutsche Arbeitskräfte im Augenblick in die

Ferne geschoben zu sein scheint, solle doch auf der in Frankfurt am 21. Dezember abgehaltenen Versammlung die Frage der Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau Nord- und Ostfrankreichs erörtert werden. Der Verwaltungsrat beschloß, als Vertreter Jouhaux, Dumoulin und Laurent nach Frankfurt zu entsenden.

Der deutsch-südslawische Handelsvertrag

Brag, 16. Dezember.

Wie die „Tagesspost“ aus Belgrad meldet, äußerte sich Handelsminister Spahs über den zwischen Deutschland und Jugoslawien abgeschlossenen Handelsvertrag wie folgt:

Der soeben unterzeichnete Handelsvertrag bedeutet einen ersten Schritt zur Regelung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten. Unser Staat braucht für seine Aus- und Einfuhr unbedingt den deutschen Markt. Wir wollen nur dort kaufen, wo wir wissen, daß wir die besten und billigsten Waren bekommen können, und deshalb können wir nicht zulassen, daß wir die deutschen Waren durch Vermittler erhalten. Mit solchen Vermittlern haben wir bisher leider genug traurige Erfahrungen gemacht. Der abgeschlossene Vertrag ist zwar noch nicht so vollkommen, wie er sein sollte, doch bedeutet er einen guten Schritt nach vorwärts. Seine Folgen zeigen sich schon jetzt darin, daß der Kurs der deutschen Mark an der Belgrader Börse stark gestiegen ist.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz hat sich im Monat November um ungefähr 6500 auf über 80 000 erhöht. Die Zahl ist doppelt so hoch wie vor einem halben Jahre.

nes und energisches Handeln. Der Erfolg wäre sicher positiv sozialistische Arbeit, Stärkung der Kampfsposition des Proletariats, Ueberwindung der Reaktion.

Die Entwicklung einer sozialistischen Staatengemeinschaft aus der vorgenannten sozialistischen Arbeitsgemeinschaft mühte eine Selbstverständlichkeit sein und wäre doch nur ein Gegenfaktor gegen die doch auch ohne Parlamentsbeschluss bestehende reaktionäre Staatengemeinschaft bayerischer Oberbayern, die nicht einmal an den Grenzen Deutschlands haltmacht, deren Liebeshehnen bis Ungarn reicht und von dort inbrünstig erwidert wird. Diejem reaktionären Wall wäre mit der Zusammenfassung aller sozialistischen Landesparlamentarier und Regierungen ein proletarisch-sozialistischer Wall entgegengelegt, dessen Wirkungen auch über die deutschen Grenzen hinausgehen, im besonderen aber in Deutschland die proletarischen Kampfspositionen ungeahnt stärken könnte.

Praktisch der Weg zum Einheitsstaat. Arbeit weit über unsere Tage hinaus.

Die Waffen des Alkoholkapitals

Der Deutsche Brauerbund sendet uns zu dem unter obiger Ueberschrift am 7. Dezember bei uns erschienenen Artikel eine Berichtigung, der wir folgendes entnehmen:

- 1. Es ist un wahr, daß es sich bei der Sitzung des Großen Ausschusses des Deutschen Brauer-Bundes am 14. Oktober 1921 um eine streng vertrauliche Sitzung handelte. Beweis dafür: Die öffentliche Bekanntmachung in der Fachpresse und die Tatsache, daß sich keiner der Anwesenden irgendwem ausweilen mußte.
- 2. Es ist un wahr, daß anlässlich dieser Sitzung irgendwelche Maßnahmen, die berechtigte Verteidigungsaktion gegen sachlich nicht einwandfreie Behauptungen der radikalen Abstinenzler betreffend, beschlossen oder auch nur diskutiert worden sind.
- 3. Es ist un wahr, daß Dr. Neumann Ausdrücke wie „Mantel der Wissenschaft umhängen“ gebraucht oder empfohlen hat, im Alkoholkapital stehende Wissenschaftler für Abfassung von Berichten in unserem Sinne zu gewinnen.
- 4. Wahr ist, daß Dr. Neumann-Bern für eine Propagierung des Mäßigkeitsstandpunktes eintrat und damit den vollen Beifall der anwesenden Brauer fand. Aber der eine böswillige Unterstellung enthaltende Zusatz: „Darum wird es von uns Flug und taktisch sein, wenn wir uns schon aus diesem Grunde mit den Mäßigkeitsaposteln die Finger reichen...“ ist überhaupt nicht ausgesprochen worden.

Dazu schreibt uns der Verfasser des Artikels, Gen. Drucker:

- 1. Diejenigen von den paar Duzend Teilnehmern, die den Vorhänden nicht persönlich bekannt waren, mühten sich ausweisen. Der Präsident Junke erklärte ausdrücklich, daß in der Presse nichts veröffentlicht werden dürfe. Dasselbe hat auch die „Tageszeitung für Brauereien“ gerade über diese Sitzung keinen Bericht geliefert. Also streng vertrauliche Sitzung!
- 2. Die Vorträge der beiden Schweizer Herren behandelten entsprechend dem Wortlaut des Thomas ganz allgemein die Kampfmittel und Kampfwege „gegen die Übergriffe der Abstinenz“. Aus Schweizer Beobachtungen wurde die Anwendung für andere Länder gezogen und diese Vorschläge wurden laut „Tageszeitung für Brauereien“ mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ist das keine Zustimmung? Die eingehende Beratung des Vorhänden „aus leichtbegreiflichen Gründen“ in die hermetisch abgedichtete Sitzung des Pressenausschusses am nächsten Tage.
- 3. Und 4. Die Verhandlungen sind von einem Teilnehmer teils graphisch aufgenommen, teils durch Schlagworte in der Sitzung fixiert worden. Dieser Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu erklären, daß die charakteristischen Äußerungen z. T. wortgetreu, z. T. dem Sinne nach gebraucht worden sind. Legen die Brauer Wert darauf, die Wahrheit an den Tag zu bringen, dann mögen sie nur die Klage einreichen. Und die Hauptursache dieser Klage wird dem Braukapital vom Gericht gerissen werden! Uebrigens scheint es mit seinem guten Gewissen nicht weit her zu sein, denn der „Abstinente Arbeiter“ und die Provinzpresse, die das Sitzungsprotokoll brauchen, haben bis heute noch keine „Berichtigung“ erhalten.

Ein neuer Dichter

„Ein neuer Dichter?“ — Man ist ein bißchen mißtraulich geworden, wenn man das hört. Zu oft erweckte begeisterte Kritik und noch begeisterte Respekt Erwartungen, die dann der „neue Dichter“ nicht hielt. Aber hier ist ohne Zweifel ein neuer Dichter, wie nur alle paar Jahre mal einer auftaucht. Neu ist er nur für uns, in seiner Heimat ist er schon längere Zeit bekannt und geschätzt. Seine Heimat, das ist die französische Schweiz. Seine Sprache ist Französisch — und es gab bisher keine deutsche Uebersetzung seiner Werke. Er heißt Charles Ferdinand Ramuz. Und die drei Bände, die der Rhein-Verlag, Basel, aus seinen Werken ausgewählt und ins Deutsche hat übertragen lassen, heißen: „Die Säbne im Feuer“, „Es geschehen Zeichen“ und „Das Regiment des Bösen“. Der erste Band enthält Novellen und Gedichte, die beiden anderen sind kleine Romane.

Ramuz schreibt französisch; aber er ist kein Franzose, er ist Schweizer. Seine engere Heimat ist das Waadtland, das Land der arbeitgewohnten, mit ihrer Erde verwachsenen Bergbauern und des strengen Genfer Protestantismus. Auch Ramuz ist Protestant, kein geradezu kindergläubiger, aber von wirklicher, tiefer Religiosität. Er ist auch Bauer. Aber einer, der in Paris gewesen ist und die Welt kennt. Erst in der verführerischen, glänzenden und gefährlichen Welt der großen Städte hat er die wahre Schönheit seines Waadtlands entdeckt, das Leben seiner Bauern lieben und ihren Protestantismus achten gelernt. Er hat erst allmählich von einem allgemein-französischen Literatensil sich zu einem eigenen Stil durchgerungen, mit dem er der Einfachheit und der herben Schönheit des Bauernlebens und der Bergwelt gerecht wird. Er ist wirklich in einem höchst ruhmvollen Sinne der Dichter seiner Heimat geworden, der protestantischen Waadtländer und der eng benachbarten katholischen Walliser Bauern, der Berg- und der Weinbauern, der Mägde und Anechte und der wundervollen, herrlichen Berglandschaft in der Nähe des Genfer Sees.

Seine Art hat viel von Jeremias Gotthelf, sein Stil ist geschult an Flaubert und Maupassant, aber auch an dem einfacheren Charles Louis Philippe — aber er behält durchaus seine Eigenart. So sehr, daß es einem anfangs fast schwer fällt, sich „hineinzulesen“. Aber die schweren Werke sind meist die lohnendsten — in der Natur sehr oft, in der Literatur fast immer. Und wenn man sich erst in Ramuz hineingelassen hat, so lernt man zum Lohn eine ganz neue Welt kennen, das Waadtland, das Leben der Waadtländer Bauern — und einen neuen Dichter dazu. Der schilbert seine Bauern nicht bloß so obenhin, er kennt sie sehr genau, ihre Fehler wie ihre Tugenden, und er schilbert beides. Ihren Fleiß und ihren Geiz, ihre Rechtlichkeit und ihre Verschlagenheit, ihre Lebensweisheit und ihre Beschränktheit, ihren

Der Streik der Hochbahner beendet

Die Wiederaufnahme des Verkehrs heute nachmittag

Wie wir erfahren, wird sich die Wiederaufnahme der Arbeit und damit die Wiederherstellung des Hochbahnverkehrs in Groß-Berlin im Laufe des heutigen Nachmittags glatt vollziehen. Die technischen Schwierigkeiten sind überwunden. Nachmittags um 3 Uhr werden die ersten Züge die Strecken passieren. Um 5 Uhr wird wahrscheinlich der schulpflichtmäßige Betrieb wieder aufgenommen sein.

Gegen die getroffenen Vereinbarungen ist von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Das gesamte Personal wird sofort wieder in den Dienst treten.

Verkehrsstöpfung in Sachsen

Drohende Betriebsstilllegungen

In Sachsen hat sich in der letzten Zeit der Eisenbahnverkehr in einer Weise verschlechtert, die zu katastrophalen Wirkungen für das sächsische Wirtschaftsleben führen muß. In einer Rede im Sächsischen Landtag brachte der Wirtschaftminister Jellisch eine ganze Reihe erster Fälle vor. Er wies darauf hin, daß in Reuseltzig die Kohlen der großen Grube Köhnitz nicht abgefahren werden können, weil der Bahnhof mit beladenen Wagen verstopft ist. Ebenso lagern auf sächsischen Gruben in Mengen Kohlen, die wegen der Krise im Eisenbahnbetrieb nicht abgefahren werden können. Auch aus Glauchau kommt die Meldung, daß in den letzten Tagen die Kohlenzufuhr außerordentlich mangelhaft gewesen ist und daß dortige Elektrizitätswerk nur noch Betriebsstoff für vier volle Tage besitzt. Ebenso drohen im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe Betriebsstilllegungen. Eine große Papierfabrik in Nieder-Schlema meldet, daß seit acht Tagen ein großer Zug leerer Wagen auf den Gleisen stehe, ohne daß die Bahn in der Lage ist, die Wagen wegzuschaffen. Die Güterzüge auf der Strecke Zwickau—Aue fahren mit großer Unpünktlichkeit oder fallen ganz aus. In Neu-Delsa stehen sämtliche Anschlußgleise voll Wagen. Plauen i. V. hat nur noch für zwei Tage Kohlenvorrat und auch in Zwickau und Zwickau stehen die Bahnhöfe voll beladener Lorries, die nicht abgefahren werden können.

Wie weiter gemeldet wird, hat die Stadt Glauchau bereits die Schließung des Elektrizitätswerkes angeordnet. Andere Städte werden zu harten Sperrmaßnahmen für Gas und Elektrizität gezwungen sein.

Die Kappisten vor dem Reichsgericht

Leipzig, 17. Dezember.

Der Präsident eröffnet die Verhandlung um 9 1/2 Uhr und erteilt das Wort dem zweiten Verteidiger des Angeklagten Wangenheim, Rechtsanwalt Böttger, der die seinem Klienten zur Last gelegten Handlungen von der subjektiven Seite beleuchtet. Wangenheim sei von vornherein als nebensächliche Persönlichkeit aufgefaßt worden. Der Angeklagte hat nicht bestritten, was ihm zur Last gelegt wird.

Er hatte zur Politik keine Zeit.

Als Mann der Ordnung würde er in der Reichsanalei Ordnung geschaffen haben, wenn er sich hätte politisch betätigen wollen. Kapp hätte selbst, daß Wangenheim kein Volkstier war, aber er wollte ihn zu seinem politischen Werkzeug machen, ohne daß Wangenheim etwas davon wußte. Diese Absicht ist Kapp mißglückt, denn Wangenheim hat sich nicht aus Zufall von den Sitzungen ferngehalten, in welchen politische Fragen behandelt wurden. Dem Angeklagten war die Verfassung ebenfalls neu und fremd. Jemandem Ruf in Gemeinschaft mit Kapp hat Wangenheim nicht erlassen. Der von ihm geleitete „Bund der Landwirte“ ist in seiner Weise für das Kapp-Unternehmen eingetreten. In der Folge des Angeklagten, das Amt des Landwirtschaftsministers zu übernehmen, kann keine Teilnahme am Kapp-Unternehmen erdöst werden. Ein hochverräterisches Unternehmen im Sinne der Mittäterschaft lag bei Wangenheim nicht vor.

Zustuzrat Genselbrink, Verteidiger des Angeklagten Dr. Schiefer: Ich beantrage die Freisprechung meines Klienten oder die

Kindertaderglauben und ihren Gespenstertaderglauben. Aus diesem halb christlich, halb heidnischen, immer aber sehr dämonischen Glauben nimmt er häufig den Stoff zu seinen Erzählungen, die fast immer irgendeinen mystisch-religiösen Einschlag haben. Aber obwohl er alle Untugenden seiner geliebten Bauern sehr wohl kennt, er moralisiert nie (zum Unterschied von Jeremias Gotthelf, der immer etwas Persönliches hat); er predigt nur, indem er die Wahrheit sagt, indem er ohne Verhöhnung das harte, oft grausame Bauernleben und die harten, oft grausamen Bauern schildert. Was er schilbert, ist uns neu. Aber wie er's schilbert, ist uns auch neu. Wir haben niemanden, der diese Sprache spricht, der diesen herben, holzschnittartig festen und doch sehr bildreichen Stil schreibt. Statt weiter darüber zu reden, will ich lieber eine kurze Probe hierherlegen. Er beschreibt einen Arbeitstag im Weinberg:

„Ein gewaltig rauhes, aber auch ein gewaltig schönes Land, und eine gewaltig schöne Sonne ruht auf ihm, wenn sie so blühend strahlt, daß sie kaum mehr recht hell gibt.“

Der Berg wird immer höher. Der Himmel ist wie weiß getüncht. Im Himmel steht der Berg, wie wenn man ihn mit Zement hineingelittet hätte.

Wilden Schwärmen um den Fuß der Mauern, ganze Klumpen bilden sie, wie Raketen fahren sie auseinander.

Und Schatten flücht du keinen außer den ganz schmalen Streifen am Fuß der Mauern; will einer sie ausnützen, so muß er sich längelang hinlegen und sich eng hineinpresse, und auch dann darf er beiseite nicht blick sein, gleich ragt er hin in den Sonnenflut.

„Ist das nicht mit einer prächtvollen Anschaulichkeit geschildert, diese erbarmungslose Sonne der Weinberge? Und es will mir scheinen, als wäre es auch recht gut überlegt. Und das war bei einem so eigenwilligen Stil gewiß nicht leicht. Deshalb auch Dank dem Uebersetzer Albert Bauer, dem wir die Bekanntheit mit diesem „neuen Dichter“ danken, der uns wirklich neu und wirklich ein Dichter ist.“

Ein künstlerisch-literarischer Beitrag beim Polizeipräsidium. Im Einvernehmen mit dem preussischen Innen- und Kultusministerium hat der Berliner Polizeipräsident am Freitag Vertreter von Literatur und Kunst zu einer Aussprache zu sich geladen, die Klarheit und das Einverständnis der beteiligten Organisationen ergeben sollte für die Schaffung eines gutartigen Beitrags bei der Abt. III des Polizeipräsidiums. Vertreter waren u. a. der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Komponisten, die Bühnengemeinschaft, verschiedene Schriftsteller-Vereinigungen, der Verband der Berliner Theaterkritiker, die Akademie der Künste, die Sezession, der Theaterverein, aber auch Vertreter der Bestrebungen für Volksbildung und Jugendpflege waren herangezogen worden. Der Polizeipräsident und Oberregierungsrat v. Glanapp umschrieben die Aufgaben und den Zweck des künftigen Beitrags: Die Abt. III, der die

Einsetzung des Verfahrens. Alle Befehlsmomente sind durch die Beweisaufnahme zerstückt. Wen Hochverrat kann man hier kaum sprechen, wo die beteiligten Personen im Interesse des Vaterlandes zu handeln glaubten. Von einem bestimmten Plane eines hochverräterischen Unternehmens war keine Rede. Die Souveränität des Volkes ist in der neuen Verfassung nicht ausgesprochen, es heißt darin nur, alle Gewalt gehe vom Volke aus.

Der Dollar 200

Im Devisenmarkt macht sich beständig Unsicherheit geltend. Die Spekulation fällt sich zurück und wartet ab, bis eine endgültige Entscheidung über die Haltung der Entente in der Reparationsfrage vorliegt. Inzwischen steigt der Dollar infolge der niedrigen Bewertung der Mark in New York amälich wieder in die Höhe. Er wurde im Laufe des heutigen Vormittags mit 205 bewertet und stand gegen mittag auf 200.

Bürgerblock in Braunschweig

Aus Braunschweig wird gemeldet: Für die am 22. Januar 1922 stattfindenden Landtagswahlen haben die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-nationale Volkspartei, die Braunschweigisch-Niederländische Partei, das Zentrum und verschiedene Wirtschaftsgruppen, die sich im Landesparlamentarierband zusammengeschlossen haben, wieder gemeinsam eine Vorschlagsliste aufgestellt, die von dem jetzigen Landtagsabgeordneten Jamppe, dem Vorsitzenden der Braunschweigisch-Niederländischen Partei, geführt wird. An zweiter Stelle der Liste steht ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, an dritter Stelle ein Deutsch-nationaler und an vierter Stelle ein Zentrumsmann.

Künftig ist an diesem bürgerlichen Einheitsblock, daß ihm anscheinend die Demokraten ferngeblieben sind, die bis jetzt immer durch dick und dünn mit dem Landesparlamentarierband gegangen sind.

Kleine Nachrichten

Eine Spur der Mörder Erzbergers? Die Polizeidirektion in Darmstadt teilt mit: Vor einigen Tagen wurde unter dem Verdacht der Mittäterschaft des Mordes an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger der 20 Jahre alte Student Heinrich Dieck aus Stuttgart festgenommen. Er wohnte hier seit einigen Wochen in dem Hause Lippstraße 7, ohne sich anzumelden. Anlaß zu der Verhaftung gaben Äußerungen des Dieck, aus denen geschlossen werden konnte, daß er der Mittäterschaft oder Mittäterschaft verdächtig sei. Dieck wurde dem Amtsgericht zugeführt und befindet sich noch in Haft.

Zum Polizeipräsidenten von Gelsenkirchen wurde der Abgeordnete Stieker, Mitglied der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages, dessen Name bei den letzten Verhandlungen der preussischen Regierungsbildung als Unterhändler des Zentrums mehrfach hervorgetreten ist, vom preussischen Minister des Innern ernannt. Abgeordneter Stieker gehört seit 1910 der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages an und ist seit 1911 Sekretär der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands.

Die Hamburger Bürgermeister für das Jahr 1922. Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1922 Herrn Bürgermeister Dr. Arnold Friedrich Georg Dieckel zum ersten Bürgermeister und Herrn Bürgermeister Johannes Ernst Otto Sielken zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

Aufhebung des Achtstundentages in Jugoslawien. Der gesetzgebende Ausschuß hat beschlossen, das Gesetz vom Jahre 1918 über den Achtstundentag aufzuheben. Die Arbeitszeit in den Fabriken soll um 2—3 Stunden verlängert werden können.

Arbeitslosen Demonstration in England. In West-Strawwick demonstrieren mehrere tausende Arbeitslose gegen die Umsetzung des Arbeitslosenunterstützungsausschusses. Die Arbeitslosen wollten vor das Haus des Komiteevorsitzenden ziehen, um ihn zur Rede zu stellen. Polizei hatte die Zugänge abgeperrt und hielt die Arbeitslosen an.

Eine Organisation der „Parteilosen“ in Petersburg. Die „Parteilosen“ des neuen Petersburger Sowjets haben sich zu einer Organisation zusammengeschlossen. Sie fordern die Genehmigung zur Einberufung einer besonderen Konferenz der Parteilosen und die Zulassung der Parteilosen zur Verichterstattung im Exekutivkomitee.

Zentralpolizeistelle zur Verfolgung von Schmutz in Wort und Bild zugeordnet ist zu unterstützen in all den heißen Grenzfragen, wo eine Unterhebung zwischen Kunst und Unästhetiklichkeit schwierig wird. Nach angeregter Aussprache erklärten sich alle Anwesenden zur Mitarbeit im gewünschten Sinne bereit. Allerdings nur, um unter der Zustimmung, daß in all den Fällen, in denen sich die Entscheidung des Polizeipräsidiums nicht mit dem Gutachten des literarisch-künstlerischen Beirats deckt, an die Staatsanwaltschaft, das Gericht oder eine sonstige Behörde der Entscheidung des Polizeipräsidiums das Gutachten des Beirats einschließend seiner Begründung hinzugefügt wird. Ebenso soll jedoch auch der Standpunkt der Minderheit im Beirat der Behörde oder der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Diese Zustimmung wurde von Seiten des Polizeipräsidiums und seines Dezernenten ohne Bedenken gegeben und so besteht Aussicht auf ein verständiges Zusammenarbeiten, daß in der Zukunft, auch in der kommenden Gehegung keine Früchte tragen soll.

Der Goncourtpreis für einen „farbigen“ Franzosen! Der Goncourtpreis für 1921, einer der hervorragendsten französischen Literaturpreise, wurde einem farbigen, René Maran, für seinen Roman „Batouala“, der das Leben eines Negerhüpfelings schildert, zuerkannt. Maran, der französischer Kolonialbeamter ist, hat bereits einige Bände mit Gedichten in französischer Sprache veröffentlicht. Ein neuer, schlagender Beweis, daß Frankreich die deutsche Verachtung des „farbigen“ Menschen längst und ganz überwunden hat.

Der Komponist Saint-Saëns gestorben. Der größte lebende französische Komponist, Camille Saint-Saëns, ist gestern im Alter von 88 Jahren in Nîmes gestorben, nachdem er noch kurz zuvor einer Opernvorstellung beizuwohnt hatte. Saint-Saëns ist bekannt als Komponist von „Samson und Delila“ und zahlreicher viel gespielter Konzertwerke.

Tages-Notizen

- Verkehrsstörungen. Maximaler Rückstau. (2) in der Köpenicker Straße; (3) Die Brüder Ratzeburg. — Süssli, Opernhaus; (4) Die Kägel. — Wallnerstr.; (5) Die Spaltenstraße. — Söllingstr.; (6) Die rote Kasse. — Friedrich-Wilhelm-Str.; (7) Die rote Kasse. — Neussstr. am Zoo; (8) Kassenstr.
- Theater. Süssli: Die Gesamtredaktion der Zeitschrift „Süssli“ wird auf den 3. Weihnachtsfesten verbleiben. — Süssli: Die Süssli-Redaktion hat einen neuen Leiter ernannt. — Süssli: Die Süssli-Redaktion hat einen neuen Leiter ernannt.
- Volksbildungs-Konferenz. Sonntag, 18. Uhr, im Württemberg-Haus. Neben den Mitgliedern der Konföderation. — Süssli: Die Süssli-Redaktion hat einen neuen Leiter ernannt.
- Mittelschulische Musikvereine. Sonntag, 18. Uhr, im Württemberg-Haus. Neben den Mitgliedern der Konföderation. — Süssli: Die Süssli-Redaktion hat einen neuen Leiter ernannt.
- Die Gewerkschaft und ihre neue Einordnung lautet ein Vortrag von Prof. Dr. K. Müller, früher an der Universität Marburg, der Sonntag, 18. Uhr, im Württemberg-Haus als Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Europas stattfinden.

Das englisch-irische Abkommen

Annahme im englischen Parlament

London, 16. Dezember.

Das Unterhaus hat das irische Abkommen mit 401 gegen 58 Stimmen ratifiziert.

Das Oberhaus hat das Abkommen mit 166 gegen 47 Stimmen ratifiziert.

Die starken Mehrheiten, die das englisch-irische Abkommen in beiden Häusern des englischen Parlaments gefunden hat, drücken nur die Befriedigung der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes über diese Regelung des blutigen Zwistes der beiden Länder aus. Doch ist nicht zu übersehen, daß das Inkrafttreten des Abkommens noch von zwei weiteren Faktoren abhängig ist: Von der Ratifizierung durch das Sinnseiner-Parlament und von der Haltung Ulsters. Zwar ist die formelle Zustimmung Ulsters zu dem Abkommen nicht nötig. Es kann einfach draußen bleiben, wenn es sich nicht in den gemeinsamen Rahmen fügen will. Aber es ist klar, daß mit der ablehnenden Haltung Ulsters, die durch die Erklärungen der Ulsterführer im britischen Parlament deutlich geworden ist, neue Gefahren heraufziehen. Ein Vertrag, der unter so schwierigen Verhältnissen, unter dem schwersten gegenseitigen Mißtrauen, unter Hinwegräumung ungezählter kleinerer und größerer Mißbilligungen zustande gekommen ist, kann keine allzu starke Belastungsproben ertragen.

Es ist nötig, daß die Opposition im Sinnseiner-Parlament, die von keinem Geringeren als De Valera ausgeht, überwunden wird, und es ist weiter nötig, daß Ulster, wenn es auch dem Abkommen nicht zustimmen kann, keine Gewaltmaßnahmen ergreift, sondern die Entwicklung der Dinge abwartet. Sind diese beiden Bedingungen erfüllt, dann erst kann man hoffen, daß das Abkommen tatsächlich Leben gewinnt.

Die Flottenbeschränkungen

EE. Washington, 17. Dezember.

Amerika gibt offiziell bekannt, daß die Vorschläge zur Regelung der Frage des Schiffraumes angenommen wurden. Amerika wird drei Schiffe von dem Radjallandtyp behalten: „Colorado“, „Maryland“ und „Washington“, alle mit 16-Zollkanonen bewaffnet. England wird drei Schiffe von der Radjallandklasse mit 16-Zollgeschützen behalten und zwei neue Kriegsschiffe mit je 37 000 Tonnen erbauen, jedes mit acht 15-Zollgeschützen bestückt. Japan wird zwei Schiffe vom Radjallandtyp behalten, den „Mutsu“ und den „Kogaio“, jedes mit acht 16-Zollgeschützen bewaffnet. Die Vereinigten Staaten werden den „Delaware“ und die „Kordakota“ ausscheiden, England vier Schiffe von der King-George-Klasse, nämlich „King George V.“, „Erin“, „Ajax“ und „Centurian“, so daß England im ganzen fast 20 Hauptschiffe zu haben wird. Englands Tonnage beträgt gegenwärtig 582 000 Tonnen, die der Vereinigten Staaten 582 500 und die Japans 313 800 Tonnen.

Balfour teilte der Konferenz inoffiziell mit, daß er in der nächsten Session den Antrag einbringen werde, die Abote vollstommen abzuschaffen. Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden, so wolle er, Balfour, bestimmte Vorschläge darüber machen, in welchem Verhältnis der Abote-Schiffraum auf die einzelnen Mächte verteilt werde und daß die Größe der Abote an bestimmte Maße gebunden sein sollen. In eine vollkommene Preisgabe der Unterseebootflotte ist bei dem Widerstande der Amerikaner, Japaner und Italiener nicht zu denken.

Die Unterkommission für Marineangelegenheiten hat die endgültigen Vorschläge der französischen Abordnung in der Schiffraumfrage erhalten. Frankreich fordert demnach für sich die gleiche Tonnage wie Japan. Diese Forderung hinderte die Unterkommission für Marineangelegenheiten, in der Frage des französischen und des italienischen Schiffraumes zu einem Einvernehmen zu gelangen. Nach einer mehr als dreistündigen Beratung verlegte sich die Unterkommission.

Sozialversicherung in Deutschösterreich

Wien, 16. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Nationalrates brachte der Bundesminister für soziale Verwaltung einen Gesetzentwurf, betreffend die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter und Angestellten ein. Die Versicherung wird sich auf ungefähr 1 800 000 Personen erstrecken, von denen zwei Drittel der Industrie und dem Gewerbe und ein Drittel der Landwirtschaft angehören. Um den selbständigen Erwerbstätigen, namentlich den Kleingewerbetreibenden und den Kleindauern, zu Hilfe zu kommen, soll gleichzeitig mit diesem Gesetz ein Gesetz über Altersversicherung der Selbständigen in Wirksamkeit treten.

Die diplomatische Stellung Krassins. Das Londoner Appellationsgericht hat einstimmig dahin entschieden, daß Krassin keine diplomatische Immunität bezüglich zivilgerichtlicher Verfahren gegen ihn genießt. Der Präsident des Gerichtshofes erklärte, Krassin habe nicht bewiesen, daß er in anderer Eigenschaft als der eines offiziellen Vertreters auf Grund des englisch-russischen Handelsabkommens in England sei; durch diesen Titel sei er nicht vor zivilgerichtlichen Klagen geschützt.

Ein Millionenbetrüger vor Gericht

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I hat sich jetzt der 26-jährige frühere Kennstallbesitzer Alfred Stempel zu verantworten, der in den Jahren 1917 und 1918 gemeinsam mit dem Effektenkassierer Richard Geride das Bankhaus Bleichröder um annähernd 7 Millionen Mark geschädigt hat. Bereits im Februar d. J. war Termin zur Verhandlung gegen Stempel und Geride angesetzt. Stempel erschien jedoch nicht zur Verhandlung, er war damals kastunfähig und weilte in einem Sanatorium. Geride wurde in jenem Termin wegen Diebstahls und Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In der Zwischenzeit ist Stempel in Hamburg wegen Betruges verurteilt worden. Mit seinem Geisteszustand haben sich auf Antrag seines Verteidigers verschiedene ärztliche Sachverständige befaßt; sie haben Stempel zwar nicht für geisteskrank im Sinne des § 51 erklärt, aber doch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Stempel an Größenwahn leide und stark minderwertig sei.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich Stempel schuldig bekenne, erwiderte er: Ja, ich habe gewußt, daß Geride das Geld entwendet hatte. Mit dem Gelde hat Stempel allerlei Geschäfte mit Sekt, Spirituosen usw. gemacht, sich einen Kennstall eingerichtet, der 42 Pferde umfaßt. Er habe von Geride im ganzen vielleicht 11 Millionen Mark erhalten, das Bankhaus Bleichröder habe aber einen Teil dieser Summen zurückbekommen.

Zeuge Richard Geride bezeugt, er habe sich zunächst mit kleinen Beträgen aus seinem eigenen Vermögen an Geschäften Stempels beteiligt und einen Gewinn von 10 Prozent erzielt. Dann lieh er sich durch die Aussicht auf große Gewinne verleiten, die ihm unverrenteten Depots anzugreifen. Stempel erklärte seine sich über zwei Jahre erstreckende Unterschleife damit, daß er immer neue Beträge aus der Kasse entnehmen habe, um alte Löhner wieder zuzustopfen und so die Entscheidung hinauszuschieben.

In der weiteren Verhandlung nahm die Vernehmung des Zeugen Geride einen dreiten Raum ein. Trotz wiederholten Vorhalts blieb er dabei, daß er Stempel offen mitgeteilt habe, daß das Geld aus dem Tresor seiner Firma stamme. — Mehrere Zeugen bezeugten, daß die Geschäfte sehr erhebliche Gewinne abgeworfen hätten und bei dem späteren Verkauf geradezu verschleudert worden seien.

Der Oberarzt Dr. Scheyer von der Irrenanstalt Dalldorf-Wittenau bezeichnete in seinem Gutachten den Angeklagten als einen erblich belasteten, geistig minderwertigen Phantasten, bei dem jedoch der § 51 keine Anwendung finde. Auch Medizinalrat Dr. Sioermer hält Stempel für einen geistig minderwertigen, der ursprünglich gute Beschäftigungen hatte, aber durch falsche Erregungen auf die falsche Bahn gebracht worden sei. Schon als Lehrling habe Stempel eine Schülerzeitung herausgegeben, und der ihm dabei gewordene Erfolg sei ihm zu Kopfe gestiegen und habe in ihm einen Größenwahn in latentestem Sinne erzeugt. Er zeige in allen Dingen eine gewisse Hemmungslosigkeit, welche ihn auch zu einem ziellosen Lebenswandel geführt habe. So habe Stempel u. a. pro Tag etwa 120 Zigaretten geraucht und seine Kerzen noch mehr zertheilt. Eine gewisse geistige Minderwertigkeit liege vor, die Anwendung des § 51 sei jedoch nicht gegeben.

Verhaftung eines Mörders

Mit Unterstutzung der englischen Polizei verhaftet wurde ein schon seit langer Zeit wegen Mordes gesuchter Schloßer Fritz Dehke. Dehke war bei einem Zimmermeister in Küstrin eingeworben, wurde aber von diesem auf freier Tat erripiert. Bei seiner Verfolgung schoß Dehke auf den Meister und streckte ihn durch einen Schuß nieder, so daß er tot liegen blieb. Dehke gelang es zu entkommen und wurde seither vergebens gesucht. Dehke hielt sich unter falschem Namen in Deutschland verborgen und die fortgesetzten Ermittlungen führten jetzt zu seiner Festnahme. Er hatte sich zuletzt in Köln a. Rh. unter dem Namen Paul Behre aufgehalten. Dort wurde er dann ermittelt und dingfest gemacht.

Die Jugendschriften-Ausstellung des Bezirksjugendamtes Trepptow, die zur Zeit in der Aula der H. Gemeindefschule in Adlershof, Radlitzstraße 10/11, stattfindet, ist am Sonntag von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Der Eintritt ist frei. Auf die Ausstellung, die in Trepptow und Oberschöneweide ein hohes Interesse gefunden hat, sei deshalb besonders hingewiesen, da sie am Sonntag, abends 7 Uhr, geschlossen wird.

Eine große Kundgebung der Neufährer Jugend gegen die Schundliteratur am Sonntag, den 18. Dezember bildet den Abschluß der erstmalig vom Bezirksjugendamt Neufährer ins Leben gerufenen Gesamtveranstaltung. Die Teilnehmer versammeln sich um 2 (nicht 3) Uhr auf dem südlichen Teil des Tempelhofer Feldes etwa in Höhe der Wartestraße, woselbst die den Kindern in wenigen Wochen durch das Jugendamt abgenommenen Schundhefte und -bücher — etwa 40 000 an der Zahl — dem Feuer übergeben werden. — Die Ausstellung der Jugendpflanzgewächse in der „Neuen Welt“ wird am Sonntag, abends 10 Uhr, ebenfalls geschlossen.

Jähres Ende einer Geburtstagsfeier. Donnerstag abend wurden Bewohner des Hauses Tassostraße 18 in Weihenstephan durch einen Schuß alarmiert. Zwei Beamte der Weihenstephaner Wache, die man herbeiführte, stellten fest, daß der in dem genannten Hause bei seinen Eltern wohnende zwölfjährige Bernhard Weise, Sohn des Kaufmanns Emil Weise, beim Spielen mit einer Pistole seinen fünfjährigen Bruder Paul erschossen hatte. Die Eltern befanden sich auf einer Geburtstagsfeier bei Verwandten in Schöneberg und hatten die Kinder allein ohne Aufsicht zurückgelassen. Diese Gelegenheit benutzte der zwölfjährige Bernhard, um die in dem unverschlossenen Schreibtisch verwahrte Pistole seines Vaters, die geladen,

aber gefichert war, herauszunehmen und damit zu spielen. Die Kugel drang dem kleinen Paul in die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß er wenige Augenblicke nach dem Unglücksfall starb.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Ziemlich mild, zeitweise etwas aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit leichten Regenfällen und lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

Ein findiger Unternehmer

Bei der Firma Spih, Rechenmaschinenfabrik, Pattamerstraße, freilich seit dem 12. d. Mts. die gesamte Belegschaft. Die Ursache liegt in einer Forderung der Arbeiter, die den teuren Verhältnissen gemäß eine Erhöhung ihrer Löhne forderten. Die Firma, obgleich nicht Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller, ließ sich einen Vertreter dieses Verbandes kommen. Letzterer machte ein Angebot, welches erheblich weniger Zulagen voraussetzte, als der Verband Berliner Metallindustrieller den im seinen Betrieben beschäftigten Arbeitern bewilligt hat. Damit nicht genug, sollte folgender Passus diesem Angebot beigefügt werden:

„Bei Gewährung dieser Zulagen sind sich die Parteien darüber einig, daß sie nur dann als gewährt gelten, wenn der Lohnstreit durch Verhandlung im Betrieb sein Ende erreicht. Weiter sind sich die Parteien darüber einig, daß, falls in den kommenden Monaten in der Metallindustrie neue Lohnzulagen festgesetzt werden, den bei der Firma beschäftigten Arbeitnehmern in bezug auf ihre hohen Verdienste nur ein proportional geringerer Teil der Erhöhung zuteil wird.“

Diese Rückwärtsfrist, die wohl einzig in dieser Art sein wird, zwang die Belegschaft zur Abwehrbewegung.

Weihnachtsunterstützung der Branderei- und Mühlenarbeiter

Auf Beschluß der letzten Generalversammlung wurden die männlichen arbeitenden Mitglieder verpflichtet, für die erwerbslosen Kollegen je 2 Extrabeiträge und die weiblichen je 1 Beitrag von 5 M. an die Kassenkasse abzuführen. Als Weihnachtsgeld erhalten Mitglieder, die seit einschließlich dem 10. Dezember 1921 arbeitslos und mindestens seit dem 12. Juni 1921 Mitglied des Verbandes sind, für das Mitglied selbst 100 M., für die Frau 20 M., für jedes Kind 10 M. Mitglieder, die seit einschließlich dem 1. Oktober d. J. der Organisation angehören und mindestens seit dem 10. Dezember 1921 arbeitslos sind, erhalten die Hälfte der obigen Sätze.

Zur Feststellung des Familienstandes sind die Karten der Erwerbslosenunterstützung maßgebend. Arbeitslose Mitglieder, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen haben in glaubhafter Weise ihren Familienstand nachzuweisen. Weihnachtsgeldunterstützung wird grundsätzlich nur an solche arbeitslose Mitglieder gezahlt, die den Nachweis erbringen, daß sie in einem Arbeitsnachweis eingetragen sind. Invalidenmitglieder erhalten je 120 M. Die Weihnachtsgeldunterstützung wird an Arbeitslose und Invalide nur gezahlt, wenn das Verbandsbuch in Ordnung ist. Die Auszahlung der Weihnachtsgeldunterstützung beginnt mit dem heutigen Tage.

Aus der englischen Gewerkschaftsbewegung

Nach den Angaben der „Labour Gazette“ beträgt die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder im vereinigten englischen Königreich 4 502 000. Davon entfallen auf die Männer 7 150 000 und auf die Frauen 1 293 000 Mitglieder. Im Jahre 1914 betrug die Gesamtzahl 4 155 000, um im Jahre 1917 auf 5 542 000 zu steigen. 6 632 000 Mitglieder konnten 1918 gezählt werden, und 1919 wurde die achte Million überschritten. Inzwischen haben aber durch die Wirtschaftskrise fast alle Verbände Mitglieder wieder verloren, so daß eine etwas rückläufige Bewegung eintrat. Man rechnet aber mit einem derzeitigen Mitgliederstand von 8 400 000. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaften, die registriert und nicht registriert, beträgt nach der genauen Zählung von 1920 — 1 301, eine Zahl, die zu bedenken gibt, insbesondere, wenn wir die Zahl der dem U. D. G. B. angeschlossenen Gewerkschaften von nur 50 gegenüberstellen.

Holzarbeiter-Funktionäre. Am Mittwoch, den 21. Dezember 1921, abends 7 Uhr, findet im Arbeitslosenjaal, Rungestraße 10, eine Zusammenkunft der Funktionäre des Holzarbeiter-Verbandes von den Betrieben des S. B. M. J. statt. Tagesordnung: Aussprache über Eingruppierung 37.

Parteiveranstaltungen

Samstag, 17. Dezember

Bewältigungsbüro Wedding. Heute abend 7 Uhr Kraftausübung im Sitzungszimmer des Bezirksamts. Als Tisch- und Bezirksvereine sollen erscheinen. Die Gäste der kommunalen Kommission sind eingeladen. Der Vortrag tritt ab eine halbe Stunde früher.

Sonntag, 18. Dezember

18. Bezirk (Schöneberg). Gemütliche Gesellen der Sozialistenkommission, Elternvereine und Gruppenleiter treffen sich zu einer wichtigen Arbeit vorm. 8 Uhr bei Frau, Erdmannstraße, 60, Weihenstephan. Die ausgegebenen Schreibzettel sind in dieser Arbeit mitzubringen. Gesellen, welche im Bezirk keinen Klub, sondern eine halbe Stunde früher.

Bereinskalender

Sonntag, 18. Dezember.

Freie Elternvereine Schöneberg. Offentliches Treffen der Kinderabteilungen der Freien Turnerschaft. Gleichzeitige Weihnachtsgeldbesprechung. Beginn 4 Uhr nachmittags in der Turnhalle der Mittelstraße, Köpenick.

Veranstaltung für Politik und Sozialismus: 8 u. 8 1/2 u. Berlin-Friedensrat; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaften: 8 u. 8 1/2 u. Berlin; für den Sozialismus und gewerkschaftliche Mitteilungen: 8 u. 8 1/2 u. Berlin; — Verlagsgesellschaft „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin, — Druck der Berliner Druckerei S. u. S., Berlin C. 2, Reichsstraße 54.

Weihnachts-Angebote zu ausserordentl. billigen Preisen!

Decken	Hauswäsche	Wäsche + Schürzen	Herren-Artikel	Wirtschafts-Artikel
Tischdecke best. gemischt, wuschbar 49 ⁰⁰ Tuchdecke reich bestickt 68 ⁰⁰ Kochellein-n-Decke farbig gemischt 75 ⁰⁰ Wachstuchdecke 60/100 l. gut Qualität 17 ⁵⁰	Küchen-Handtücher gran gestreift 9 ⁵⁰ Handtücher prima Drill 14 ⁵⁰ Bettbezug aus prima Linn 145 ⁰⁰ Kopfkissen Hohlpflanzen u. dr. Langquell 32 ⁵⁰	Untertailen mit schönem Bänder 14 ⁵⁰ Damenbeinkleider 22 ⁵⁰ Blusenschürzen aus gut. Stoffen 25 ⁷⁵ Wienerschürze aus dunkel gemusterten Stoffen 22 ⁵⁰	Weiche Kragen in guter Qualität 4 ⁹⁵ Regattes in grosser Auswahl 9 ⁵⁰ Gummiträger mit Leder-patten 11 ⁵⁰ Perkal-Oberhemden in erstklassiger Qualität 9 ⁸⁵	Tassen weiss 1 ⁹⁵ Tassen farbe Form, recht Porzellan, dekoriert 4 ⁹⁵ Eimer Emaille 38 cm 19 ⁹⁰ Waschgarnitur 4-teilig 39 ⁰⁰ Speiseteller weiss, tief oder hoch 1 ²⁵
Handarbeiten	Kleiderstoffe	Trikotagen	Taschentücher	Spielwaren
Bettstreifen 15/20 vergelbteleinet 3 ⁹⁵ Wandschoner 70/120 aus weissem od. grauem Aida-Stoff, vergelbteleinet 38 ⁵⁰ Tischdecke in guter Qualität 140/140, vergelbteleinet 9 ⁵⁰ Leinenkissen aus vergelbteleinet mit Rückwand 9 ⁵⁰	Velour bedruckt, in schönen Mustern 14 ⁵⁰ Kostümstoffe ex. 120 cm, breit, Mz. 32 ⁰⁰ Satintuch in schönem Farbton 39 ⁵⁰ Tennis-Flanell 60/100 l. gut Qualität 13 ⁰⁰	Kindertrikots 20 cm lang 16 ⁰⁰ Herrenbeinkleider lang 19 ⁵⁰ Rodelgarnit. Sweater, Schal u. Mützenzusatz 52 ⁵⁰ Sweater für Knaben u. Mädchen bis 20 cm Gr. 9 ⁵⁰	Batist-Ziertücher mit Leinwand 3 ⁵⁰ Damen-Taschentücher mit bunter Kante und gestickt Buchet 3 ⁹⁰ Taschentücher F. Horvath mit bunter Kante 4 ⁵⁰ Batisttücher mit Hohlpflanzen 1 ⁰⁵	Auto mit Uhrwerk 3 ⁹⁵ Kugel-Mosaik-Spiele 3 ⁴⁵ Glockenspiele in guter Ausführung 3 ⁷⁵ Puppe mit Kupferglas, 60 cm, Beschäftigung u. sehr klar 3 ⁹⁵ Rollwagen mit Spielzeug 3 ⁵⁰

Sonntag geöffnet von 1-6 Uhr

Julius Coewenbergl & Co

Swinemünder Str. 86 Ecke Lortzingstraße

Strassenbahnverbindungen, Haltestelle Demminer Strasse: 27, 40, 41, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13 und Ringbahnhof Gesundbrunnen

